Antoinette F. Collignon-Smit Sibinga* et Douglas Hornung**

Haftpflicht: Ein europäischer Überblick zu ausgewählten Fragen

Stichworte: Haftpflicht, Europäisches Recht, Verjährung, Rome II, EMRK Genugtuung

I. Einleitung

Jedes Jahr wird die Schweiz von über 80 Millionen ausländischen Fahrzeugen durchfahren, meistens aus der Europäischen Union, insbesondere aus angrenzenden Ländern. Das Institut für europäisches Verkehrsrecht schätzt, dass über 30 000 Passagiere in Unfälle auf Schweizer Strassen verwickelt sind.

Schweizer Staatsangehörige und Schweizer Einwohner begeben sich ebenfalls ins Ausland, und diese internationale Mobilität zeigt sich auch in den Unfallsstatistiken: Laut Schätzungen sind davon 15 000 in der Europäischen Union haftpflichtig oder Unfallopfer mit Schadenersatz-Forderungen mit internationalen Auswirkungen.

Dadurch sind spezialisierte Anwälte im Bereich Körperverletzung, Haftpflicht oder Verkehrsunfälle oft mit internationalem Recht konfrontiert, und das europäische Recht übt einen massgebenden Einfluss in der Schweiz aus, selbst wenn nicht die gesamte europäische Regelung automatisch in unserem Land anwendbar ist.[1]

Am 11. Januar 2009 ist «Rom II» in Kraft getreten.[2] In dieser Verordnung ist vorgesehen, dass im Fall eines ausservertraglichen Schuldverhältnisses aus unerlaubter Handlung das Recht des Staates, in dem der Schaden eintritt, anzuwenden ist, das heisst, massgeblich ist der Ort der Schadensauswirkung, welcher mit dem üblichen Aufenhaltsort des Opfers übereinstimmen kann. Nach aktuellem IPRG[3] ist das ausländische Recht nur dann anwendbar, wenn der Schädiger mit dem Eintritt des Schadens in diesem Staat rechnen musste. Mit diesem klaren Ansatz, der in einer wichtigen europäischen Verordnung verankert ist, wird die dadurch entstehende Rechtsprechung des Gerichtshofs der europäischen Union wahrscheinlich Auswirkungen auf die schweizerische Rechtsprechung haben.

Ausserdem hat der europäische Gerichtshof vor kurzem festgestellt, dass der Geschädigte vor dem Gericht des Ortes in einem Mitgliedstaat, an dem er seinen Wohnsitz hat, eine Klage unmittelbar gegen den Versicherer erheben kann, sofern eine solche unmittelbare Klage zulässig ist und der Versicherer im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats ansässig ist.[4] Dieser Grundsatz findet in der Schweiz ebenfalls Anwendung, selbst wenn bislang keine Rechtsprechung dies aufgezeigt hat.[5]

II. Spezialisierte Anwälte

Die Technisierung und Zunahme der Regelungen auf nationaler und internationaler Ebene führt zur notwendigen Spezialisierung der Anwälte. Der SAV unterstützt solche Spezialisierungen, und vor kurzem haben die ersten Anwälte ihren Fähigkeitsausweis im Bereich Haftpflicht und Versicherungsrecht bekommen.

In gewissen europäischen Ländern, insbesondere in England, Irland, Schottland und in den Niederlanden, ist die Spezialisierung im Haftpflichtbereich sehr ausgeprägt. Anwältinnen und Anwälte organisieren sich auf lokaler und internationaler Ebene, um den Erwartungen ihrer Mandantinnen und Mandaten besser entsprechen zu können.

In Europa ist die wichtigste Vereinigung von auf Haftpflicht spezialisierten Anwälten PEOPIL[6]. Diese wird vom 3. bis 5. Juni in Genf ihren jährlichen Kongress abhalten.[7] Auf internationaler Ebene ist APIL[8] die grösste auf Haftpflicht spezialisierte Anwaltsvereinigung. Diese internationalen Vereinigungen bieten dem Praktiker interessante Foren an und ermöglichen unter anderem, die Prinzipien der verschiedenen Länder besser zu beherrschen. Es bestehen nämlich noch viele Diskrepanzen, auch wenn die Grundtendenz nach einer gewissen Harmonisierung strebt. Unser Bericht wird sich auf die folgenden Beispiele begrenzen.

III. Verjährung

Verjährungsregeln sind in Europa noch nicht einheitlich, und es ist für den Praktiker wichtig, die verschiedenen in diesem Bereich anwendbaren Regeln zu kennen. Unterschiede bestehen sowohl im Bereich der Dauer der Zeitspanne, bis eine Forderung verjährt ist, als auch in Sachen Beginn der Verjährung und betreffend das Verfahren, um die Verjährung zu unterbrechen.

---

* Präsidentin der PEOPIL (Pan European Organisation of Personal Injury Lawyers) und Anwältin der niederländischen Anwaltskammer.
** Anwalt der GenferAnwaltskammer, Vizepräsident der PEOPIL.

1 Dazu ist die Entschädigung für verdorbene Ferien ein gutes Beispiel (BGE 129 III 335; JDT 2003 II 75; BGE 130 III 182; SJ 2004 I 449; Ebenfalls die Entschädigung des Haushaltsschadens (BGE 108 II 434).

2 Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht («Rom II»)

3 Weiteres zu übereinstimmenden und abweichenden Elementen zwischen Rom II und IPRG in den Berichten von Simon Othenin-Girard, SJZ 2009, S. 381, und Festschrift Ivo Schwander, S. 69; sowie Bernhard Koch, Have 2009, S. 17.

4 C-463/06 vom 13. Dezember 2007 im Verfahren FBTO Schadeverzekeringen *NV gegen Jack Odenbreit*.

5 Helmut Heiss, «Das Direktklagerecht des Geschädigten: Welche Folgen hat die Entscheidung des EuGH vom 13. 12. 2007 Rs. C-463/06 FBTO Schadeverzekeringen?», Have 2009, S. 72.

6 *www.peopil.com*.

7 Um den für Schweizer Teilnehmende reservierten Vorzugspreis zu erhalten, nehmen Sie bitte Kontakt mit Douglas Hornung in Genf auf: *d.hornung@hhavocats.ch*.

8 Association of Personal Injury Lawyers *www.apil.org.uk*.

Ausserdem gibt es in den verschiedenen europäischen Ländern deutliche Unterschiede betreffend den Schutz von Minderjährigen. So dauert die Verjährungsfrist in Spanien nur ein Jahr, auch für Verkehrsunfälle. In Italien beträgt die Verjährungsfrist zwei Jahre, in Deutschland oder Belgien drei.

In den meisten europäischen Ländern läuft die Verjährungsfrist ab dem objektiv feststellbaren Datum, an dem der Schaden verursacht wurde. Schweden wie die Schweiz bilden eine Ausnahme von dieser Regel, weil in diesen beiden Ländern die Verjährungsfrist ab dem Tag, an dem der Geschädigte Kenntnis vom Schaden hat, läuft.

Um die Verjährung zu unterbrechen, genügt es, dem Schuldner einen eingeschriebenen Brief zu schicken, falls sich dieser in Belgien, Spanien, Italien oder in den Niederlanden befindet, während in England, Irland oder Schottland die Einreichung einer Gerichtakte nötig ist.

IV. Schutz der Minderjährigen

Es bestehen grosse Unterschiede betreffend den Schutz der Minderjährigen in Europa. In Italien oder Österreich läuft die Verjährungsfrist erst ab dem Zeitpunkt, an dem ein gesetzlicher Vertreter benannt wird. In den Niederlanden läuft die Verjährung ab dem Tag, an dem das Opfer sein 18. Lebensjahr vollendet hat. Frankreich wendet dieselbe Regel an.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat vor kurzem beschlossen, dass im Fall zweier italienischer Minderjähriger mit Wohnsitz in Belgien Art. 6 EMRK verletzt wurde.[9] Der Vater war tödlich verunglückt. Die Versicherung hatte den Schaden der Mutter ersetzt. Sie hatte daraufhin das Vermögen verschwendet. Nachdem die Kinder mündig geworden waren, haben sie gegen ihre Mutter und die Versicherung eine Klage eingereicht. Die Ansprüche gegenüber der Mutter wurden in einer gütlichen Einigung geregelt. Zudem hat das belgische Gericht entschieden, dass die Klage gegen die Versicherung verjährt war. Diesen Entscheid hat der EMRK aufgehoben und betont, dass im vorliegenden besonderen Fall die Minderjährigen nicht in der Lage waren, ihre Rechte korrekt zu wahren, und dass in diesem Sonderfall die Verjährungseinrede unverhältnismässig war.

V. Europäische Vorarbeiten

PEOPIL hat im Rahmen der Arbeiten des europäischen Parlaments eine einheitliche Verjährungsregelung vorgeschlagen; das europäische Parlament hat am 26. März 2009 eine Resolution angenommen, die den Grundsatz einer fünfjährigen Verjährungsfrist festhält; Verhandlungen im Hinblick auf ein Angleichen der Regelungen gehen weiter.[10]

9 Fall *Stagno gegen Belgien* No. 1062/07 vom 7. Juli 2009.

10 European Parliament resolution with recommendations to the Commission on limitation periods in cross-boarder disputes involving personal injuries and fatal accidents (2006/2014 [INI]).

VI. Das medizinische Gutachten

Das medizinische Gutachten spielt eine sehr wichtige Rolle in Körperverletzungsfällen, aber Form, Inhalt und Tragweite der Expertise variieren stark von einem Land zum anderen.

Zum Beispiel wird in Schweden der Experte seine Meinung zu einem eventuellen Erwerbsausfall geben, im Gegensatz dazu äussern sich Experten in England nur zu medizinischen Aspekten und verzichten darauf, einen Invaliditätsprozentsatz zu beziffern.

Die Bestellung des Experten wird entweder durch die Parteien durchgeführt (jede Partei benennt einen Experten), oder es wird nach Vereinbarung der Parteien ein unabhängiger Experte benannt, oder, wie dies in der Schweiz der Fall ist, der Experte wird durch das Gericht bestimmt.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist im Rahmen der Begutachtung von Grundrechten auf das Thema des medizinischen Gutachtens gestossen. Mit Entscheid vom 18. März 1997 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Verletzung der regelkonformen Prozessführung verurteilt in einem Fall, in dem Kläger keine Möglichkeit der «rechtsgenügenden Stellungsnahme» zur medizinischen Expertise hatten, weil sie dazu nicht vorgeladen worden waren.

VII. Genugtuung

Auch wenn alle europäischen Länder die Genugtuung (wirtschaftlich nicht relevanter Schaden) kennen, wird diese Frage in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich behandelt. Diese Unterschiede sind umso ausgeprägter, als es sich um die Entschädigung des Leidens, der Ängste oder der Beeinträchtigung des Wohlbefindens handelt, die durch unerlaubtes Handeln, ohne Verletzung der körperlichen Integrität, verursacht werden, sowie durch üble Rede, Belästigung oder Mobbing.

Belgien, Frankreich, Luxemburg, Schweden und Spanien haben einen liberalen Ansatz. In diesen Ländern wird jedes seelische Leiden entschädigt, das medizinisch beweisbar und durch eine Verletzung der Rechte des Opfers entstanden ist. Jedoch haben die meisten Länder einen restriktiveren Ansatz. In Österreich, Dänemark, England, Finnland, Deutschland, Irland, Italien, Schottland und den Niederlanden muss die Beeinträchtigung einem gewissen Intensitätsgrad entsprechen, der vom Psychiater anhand von Klassifikationen, die den Direktiven der Weltgesundheitsorganisation entsprechen, bestätigt werden muss. Nur wenn die seelische Not diesen Kriterien entspricht, ist eine Genugtuung möglich.

In Österreich, Belgien, Frankreich, Italien oder Spanien ist eine Genugtuung für den Verlust eines Tieres möglich, falls dieser Verlust sittenwidrig ist. Um in den Niederlanden eine solche Entschädigung zu erhalten, müsste es sich um eine vorsätzliche Tat handeln und dadurch eine psychische Krankheit verursacht werden. In England, Dänemark, Finnland, Deutschland, Irland, Portugal oder Schweden ist eine solche Entschädigung im Prinzip nicht möglich.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte scheint gewöhnliche seelische Not von anerkannten psychiatrischen

Krankheiten nicht zu unterscheiden. Er ist der Meinung, dass Ungerechtigkeits-, Frustrations- und Angstgefühle, die durch unerlaubte Handlungen entstehen, durch Zusprechung einer Genugtuung entschädigt werden können.[11]

VIII. Fazit

Die Entwicklung des europäischen Rechts, im Haftpflicht- wie auch in anderen Bereichen, übt einen starken Einfluss auf die Schweizer Rechtsprechung und Rechtsentwicklung aus. Die Technisierung und Inflation der Regelungen führen die Praktiker zur Spezialisierung und zu internationalen Vereinigungen, um die verschiedenen Sachlagen besser einschätzen und den Erwartungen ihrer Mandaten besser entsprechen zu können. Die Harmonisierung der verschiedenen Rechtsordnungen ist im Gang, aber es bestehen noch viele Diskrepanzen, die den Praktiker und die Praktikerin interessieren (und zahlreiche Opfer betrüben) werden . . .!

11 *H. gegen Frankreich* vom 24. Oktober 1989, 12 EHRR 74; *Van Leer gegen Niederlande* A 170 (1990), 12 EHRR 567; *T.P. und K.M. gegen Vereinigtes Königreich* vom 10. Mai 2001; *Aydin gegen Türkei*, 25 EHRR 251.

Antoinette F. Collignon-Smit Sibinga* et Douglas Hornung**

Responsabilité civile: un aperçu européen sur quelques questions choisies

Mots clés : Responsabilité civile, droit européen, prescription, Rome II, CEDH, tort moral

I. Introduction

Chaque année, la Suisse est parcourue par plus de 80 millions de véhicules à moteur étrangers dont la plupart viennent de l'Union Européenne, en particulier des pays limitrophes. L'Institut pour le Droit Européen de la Circulation estime à plus de 30 000 le nombre de passagers impliqués dans des accidents sur les routes suisses.

Les ressortissants suisses et les personnes résidant en Suisse se rendent, eux aussi, dans des pays étrangers et cette mobilité internationale se reflète également dans les statistiques d'accidents: selon les estimations, ils sont 15 000 dans les pays de l'Union Européenne à être civilement responsables ou à demander des dommages-intérêts en tant que victimes d'accidents, avec des implications internationales.

Les avocats spécialisés en matière de lésions corporelles, responsabilité civile ou d'accidents de la circulation sont donc souvent confrontés au Droit international et le Droit européen exerce une influence déterminante et certaine en Suisse,[1] même si l'intégralité des réglementations européennes n'est pas automatiquement reprise dans notre pays.

Depuis le 11 janvier 2009, «ROME II»[2] est en vigueur et prévoit notamment que la loi applicable aux obligations non contractuelles est celle de la survenance du dommage, soit le lieu du résultat, lequel peut correspondre au lieu de résidence habituelle de la victime. Selon la LDIP actuelle, ce n'est que si l'auteur de l'acte pouvait prévoir que le résultat se produirait à l'étranger que le droit étranger est applicable.[3] Le choix européen étant maintenant marqué et ancré dans un Règlement important, la jurisprudence qu'en tirera la Cour Européenne aura probablement des répercussions sur la jurisprudence en Suisse.

Par ailleurs, la Cour Européenne de Justice a récemment considéré que la victime pouvait disposer d'un for, à son domicile, pour ouvrir action contre l'assurance responsabilité civile dans la mesure où l'assureur a également une représentation dans le pays concerné et qu'une telle action est possible.[4] Ce principe s'applique aussi en Suisse, même si aucune jurisprudence ne l'a encore consacré.[5]

II. Avocats spécialisés

La technicité et la multiplication des règlementations tant nationales qu'internationales poussent nécessairement les avocats à se spécialiser. La FSA encourage ce type de spécialisation et les

* Présidente de PEOPIL et Avocate au Barreau des Pays-Bas.
** Avocat au Barreau de Genève, Vice-Président de PEOPIL.

1 L'indemnisation des vacances gâchées est un bon exemple. Cf. ATF 129 III 335; JDT 2003 II 75; ATF 130 III 182; SJ 2004 I 449; de même que l'indemnisation du dommage ménager ATF 108 II 434.

2 Règlement (CE) N° 864/2007 du Parlement Européen et du Conseil du 11 juillet 2007 sur la loi applicable aux obligations non contractuelles.

3 Sur les convergences et divergences entre Rome II et la LDIP, voir les articles de Simon Othenin-Girard, SJZ 2009, p. 381 et Mélanges Ivo Schwander, p. 69; ainsi que Bernhard Koch, Have 2009, p. 17.

4 C/463/06 du 13 décembre 2007 dans la cause FBTO Schadeverzekeringen *NV c/ Jack Odenbreit*.

5 Helmut Heiss, «Das Direktklagerecht des Geschädigten: Welche Folgen hat die Entscheidung des EuGH vom 13.12.2007 Rs C-463/06 FBTO Schadeverzekeringen?», Have 2009, p. 72.

premiers avocats suisses spécialisés en responsabilité civile et droits de l'assurance viennent de recevoir leur distinction.

Dans certains pays européens, particulièrement l'Angleterre, l'Irlande, l'Ecosse et les Pays-Bas, la spécialisation en responsabilité civile est très marquée. Les avocats s'organisent; tant sur le plan local que sur le plan international, pour pouvoir mieux répondre aux besoins de leur clientèle.

La plus importante association européenne d'avocats spécialisés en responsabilité civile est PEOPIL[6] (qui tiendra son Congrès annuel à Genève du 3 au 5 juin 2010.)[7] Sur le plan international, la plus grande association internationale d'avocats spécialisés en matière de responsabilité civile est APIL.[8] Ces associations internationales offrent des forums très intéressants pour le praticien et permettent notamment de mieux connaître les principes applicables dans d'autres pays. Les disparités restent en effet importantes, même si la tendance est à une certaine harmonisation. On se limitera aux quelques exemples suivants.

III. Prescription

Les règles sur la prescription ne sont pas encore uniformisées en Europe et il importe au praticien de connaître les diverses règlementations applicables sur ce point. La réglementation diffère non seulement sur la période à partir de laquelle une prétention est prescrite mais aussi pour ce qui concerne la date du début de la période et les nécessités procédurales à observer pour interrompre la prescription. En outre, la protection des mineurs diffère fortement d'un pays européen à un autre.

Ainsi, en Espagne, le délai de prescription est d'une année seulement, y compris pour ce qui concerne les accidents de la circulation. Le délai de prescription est de deux ans en Italie, de trois ans en Allemagne ou en Belgique.

Dans la plupart des pays européens, le délai de prescription commence à courir dès la date objective à laquelle le dommage a été causé. La Suède – comme la Suisse – fait exception, puisque la date de départ du délai de prescription est celle à laquelle la victime connaît son dommage.

Pour interrompre la prescription, il suffit d'envoyer une lettre recommandée au débiteur, lorsque ce dernier se trouve en Belgique, aux Pays-Bas, en Italie ou en Espagne, alors que l'interruption de la prescription en Angleterre, Irlande ou Ecosse ne peut se faire que par le dépôt d'un acte judiciaire.

IV. Protection des mineurs

Il existe des différences très importantes dans la protection des mineurs en Europe. Ainsi, en Italie et en Autriche, le délai de prescription ne commence à courir que depuis le moment où un représentant légal est nommé, alors que aux Pays-Bas, la prescription ne commence à courir qu'à partir du jour où la victime a atteint l'âge de 18 ans révolus. Il en va de même en France.

La Cour Européenne des Droits de l'Homme a récemment considéré que l'article 6 CEDH avait été violé dans le cas de deux mineurs italiens domiciliés en Belgique.[9] Leur père était mort dans un accident. L'assurance avait payé les dommages à la mère qui avait dilapidé les fonds. Lorsqu'ils ont atteint leur majorité, ils ont ouvert action contre la mère et contre la société d'assurance. Les prétentions contre la mère ont été réglées à l'amiable et, s'agissant des prétentions contre l'assurance, les tribunaux belges ont considéré que l'action était prescrite. La CEDH a cassé cette décision en soulignant que les mineurs n'avaient pas pu être en situation de défendre correctement leurs droits et que, dans le cas d'espèce, l'exception de prescription était disproportionnée.

V. Travaux préparatoires européens

PEOPIL a proposé une réglementation uniforme de la prescription dans le cadre des travaux du Parlement européen et celui-ci a adopté le 26 mars 2009 une résolution posant le principe que la période de prescription devrait être de cinq ans.[10] Les débats continuent en vue d'harmoniser la problématique.

VI. L'expertise médicale

L'expertise médicale joue toujours un rôle important dans les cas de lésions corporelles mais la forme, le contenu et la portée des expertises médicales varient beaucoup d'un Etat à l'autre.

Ainsi, par exemple, en Suède, l'expert médical donne également son avis sur la perte de gain alors qu'en Angleterre les experts médicaux ne se prononcent que sur les aspects strictement médicaux et s'abstiennent de déterminer un pourcentage d'invalidité.

La nomination de l'expert médical est tantôt faite par les parties (chaque partie désigne son expert) ou d'un commun accord entre les parties qui désignent un expert indépendant ou encore dans d'autres pays – comme en Suisse – l'expert est nommé par le Tribunal.

La Cour européenne des droits de l'homme a eu l'occasion d'aborder la problématique de l'expertise médicale pour assurer le respect des droits fondamentaux. Ainsi, dans son arrêt du 18 mars 1997, la Cour européenne des droits de l'homme a pu sanctionner une violation des règles du procès équitable dans un cas où les requérants n'avaient pas eu la possibilité de «commenter efficacement» le rapport d'un médecin expert faute de convocation.[11]

6 *www.peopil.com*.
7 Pour bénéficier d'un tarif préférentiel réservé aux participants suisses, contacter Me Douglas Hornung à Genève *d.hornung@hhavocats.ch*.
8 Association of Personal Injury Lawyers *www.apil.org.uk*.
9 Affaire *Stagno c/ Belgique* N° 1062/07 du 7 juillet 2009.
10 European Parliament resolution with recommendations to the Commission on limitation periods in cross-boarder disputes involving personal injuries and fatal accidents (2006/2014 [INI]).
11 *Mantovanelli* c. *France* du 18 mars 1997.

VII. Le tort moral

Si tous les pays européens connaissent l'indemnisation pour tort moral (dommage non économique) il n'en reste pas moins que la question est abordée et traitée très différemment selon les pays européens. Ces différences sont d'autant plus grandes lorsqu'il s'agit d'indemniser des souffrances, angoisses ou mal-être causés de manière illicite, mais sans lésions corporelles, telle que la diffamation, le harcèlement ou le mobbing.

La Belgique, la France, le Luxembourg, la Suède et l'Espagne ont une approche libérale. Dans ces pays, toute souffrance morale entraîne une indemnisation dans la mesure où elle résulte d'une violation des droits de la victime et peut être démontrée médicalement. La plupart des pays ont cependant une approche restrictive sur ce sujet. En Autriche, au Danemark, en Angleterre, Finlande, Allemagne, Irlande, Italie, aux Pays-Bas et en Ecosse, l'atteinte doit être d'un niveau important, reconnu par les psychiatres selon une classification suivant les directives de l'OMS et seules les détresses mentales remplissant ces critères donnent droit à une indemnisation pour tort moral.

En Autriche, Belgique, France, Italie ou Espagne, il est possible d'obtenir une indemnité pour tort moral du fait de la perte d'un animal lorsqu'elle est causée de manière illicite. Une telle indemnité dans ce contexte ne pourrait être obtenue aux Pays-Bas que si l'acte était délibéré et s'il en résulte une maladie psychiatrique. En Angleterre, au Danemark, en Finlande, Allemagne, Irlande, Portugal ou Suède, une telle indemnisation n'est en principe pas envisageable.

La Cour européenne des droits de l'homme ne semble pas faire de distinction entre la détresse mentale «ordinaire» et les maladies reconnues d'un point de vue psychiatrique. Elle considère que les sentiments d'injustice, de frustration ou d'anxiété causés de manière illicite peuvent être indemnisés par un montant au titre de l'indemnité pour tort moral.[12]

VIII. Conclusions

Le développement du droit européen, en matière de responsabilité civile comme en d'autres matières, a nécessairement une influence déterminante sur la jurisprudence et l'évolution du droit en Suisse. La technicité et l'inflation des règlementations sont telles que les praticiens se spécialisent et rejoignent des associations internationales pour mieux apprécier les situations et répondre aux attentes de leurs clients. L'harmonisation des diverses législations est lancée, mais il reste encore de très nombreuses divergences qui intéresseront les praticiens (et désoleront de nombreuses victimes . . .!).

12 *H. c. France* du 24 octobre 1989, 12 EHRR 74; *Van Leer c. Pays-Bas* A 170 (1990), 12 EHRR 567; *T.P. et K.M. c. Royaume-Uni* du 10 mai 2001; *Aydin c. Turquie*, 25 EHRR 251.

Daniel Kettiger*

Patententzug bei straffälligen Anwälten

Stellungnahme zum Artikel «Rechts- und sinnwidriger Patententzug» von Beat von Rechenberg, Anwaltsrevue 1/2010, S. 54

Stichwort: Patententzug

In der AwR 1/2010 befasst sich Kollege Beat von Rechenberg mit der Frage des Patententzugs bei straffälligen Anwältinnen und Anwälten. Er bezieht sich dabei auf einen im «in dubio» 5_09 (Zeitschrift des Bernischen Anwaltsverbands) veröffentlichten Text. Sowohl bei der Publikation im «in dubio» 5_09, S. 216 ff. wie auch beim früher im Jusletter veröffentlichten Aufsatz, auf welcher der Beitrag im «in dubio» beruht, handelt es sich um wissenschaftliche Publikationen, die von mir verfasst und unter meinem Namen erschienen sind. Die Grundregeln des wissenschaftlichen Publizierens und das Urheberrecht würden es deshalb gebieten, meine Autorenschaft zu erwähnen. Dies ist umso mehr der Fall, als im Beitrag von Beat von Rechenberg die Autoren des in der AwR erschienenen Aufsatzes (Walter Fellmann und Paul Richli), auf den sich Kollege von Rechenberg beruft, namentlich erwähnt werden.

Damit sich die Leserschaft der AwR auf der Grundlage der vollumfänglichen Publikationen und nicht nur anhand verzerrender auszugsweiser Zitate über die von mir vertretene rechtliche Position informieren kann, werden hier die vollständigen bibliografischen Hinweise wiedergegeben:

- Daniel Kettiger, Entzug des Anwaltspatents: Zur Frage der Rechtmässigkeit kantonaler Regelungen des Patententzugs, Jusletter vom 28. September 2009, *http://jusletter.weblaw.ch/article/de/_7712?lang=de*
- Daniel Kettiger, die Rechts- und Sinnwidrigkeit kantonaler Regelungen des Patententzugs, «in dubio» 5_09, S. 216 ff., *http://www.bav-aab.ch/art/pdf/in_dubio/InDubio_5_09.pdf*

* Rechtsanwalt, Mag. rer. publ., Advokatur, Beratung, Projektbegleitung, Bern.

PEOPIL
Annual Conference 2010
in Geneva

PAN EUROPEAN ORGANISATION OF PERSONAL INJURY LAWYERS
PEOPIL

A two day conference for Personal Injury Lawyers.

4–5 JUNE 2010 AT THE MANDARIN ORIENTAL, GENEVA

Outstanding speakers and topics :

- **Overview of recent development in the European Arena by Diana Wallis, Vice-President of the European Parliament**
- **The loss of a chance, an international comparison by Professor Franz Werro (University of Fribourg and Georgetown University)**
- **International liabilities for environmental damages by Juliette Voinov Kohler,**
- **Legal Officer, Secretariat at the Basel Convention**

And many more...

See the details on our site www.peopil.com

Special discounted rate available for Swiss lawyers.
Please contact d.hornung@hhavocats.ch

EDUCATION@WEBLAW

www.weblaw.ch/education

100 Juristische Internetrecherche
Do. 6. Mai 2010, Zürich
Mo. 14. Juni 2010, Bern

200 Referat mit Live Demo «Twitter, Xing & Co.»
Fr. 16. April 2010, Bern
Do. 22. April 2010, Zürich

300 Intensivkurs am PC «Twitter, Xing & Co.»
Do. 20. Mai 2010, Zürich
Fr. 21. Mai 2010, Bern

500 Ermüdungsfreies Referieren
Do. 15. April 2010, Bern
Do. 17. Juni 2010, Zürich

LERNEN IST WIE RUDERN GEGEN DEN STROM - WER AUFHÖRT TREIBT ZURÜCK

Chinesisches Sprichwort

Weblaw AG | CyberSquare | Laupenstrasse 1 | 3008 Bern | Schweiz | T +41 31 380 57 77 | F +41 31 380 57 78
Weblaw AG (Schweiz) Niederlassung Deutschland | Herriotstraße 1 | 60528 Frankfurt | Deutschland | T +49 69 677 33 493
Kontakt: Susanne Steindl E-Mail susanne.steindl@weblaw.ch | D +41 31 380 57 79 **www.weblaw.ch**